



Pferdefuhrwerk

Unter dem Motto „Lebensmittel sind kostbar“ stand am Freitag das Landeserntedankfest in Bregenz. Dieses wurde im Rahmen des Bauernmarktes durchgeführt. Um kurz nach 12 Uhr fuhr dabei auch das Pferdefuhrwerk mit dem Erntedankwagen der Leiblachtaler Bäuerinnen vor.

DITEMAR STIPILOVSEK

etablierte Institutionen im Rahmen des Fonds finanziell unterstützt worden seien.

Dagegen sei eine im Jahr 2008 von den Landtagsfraktionen ins Leben gerufene Initiative zur Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Mobilität, Integration und Energie aus dem laufenden Landesbudget finanziert worden. „Obwohl diese eigentlich genau der Intention des Zukunftsfonds entsprachen“, kritisierte Egger-Bargheer.

Ein weiteres Problem ist ihren Angaben zufolge die immer größer werdende Lücke zwischen Einnahmen – hauptsächlich Zinserträge – und Ausgaben. 2014 seien etwa 4,9 Millionen Euro ausgegeben worden. Demgegenüber seien lediglich 340.000 Euro in den Fonds geflossen. Über die Jahre seien auf diese Weise etwa 30 Millionen Euro aus dem Landesbudget für die Finanzierung von Maßnah-

men, die dem Zukunftsfonds zugerechnet würden, verwendet worden.

Für die Experten des Rechnungshofes sind nun die politisch Verantwortlichen am Zug. Sie müssten darüber entscheiden, wie die Mittel künftig zu verwenden sind.

Politische Reaktionen

Positiv bewertete ÖVP-Klubobmann Roland Frühstück den Prüfbericht des Rechnungshofes. Die gute wirtschaftliche Situation Vorarlbergs sei ein Zeichen dafür, dass in Sachen Zukunftsfonds die richtigen Schwerpunkte gesetzt würden. Anders beurteilte dies der Obmann des Kontrollausschusses des Landtags, Daniel Allgäuer (FPÖ). Er forderte eine Nachbesserung im Sinne der Rechnungshof-Empfehlungen. Ähnlich äußerte sich Grünen-Klubobmann Adi Gross.

MICHAEL STEINLECHNER

Anwaltstag: Juristen fordern Tarifierungsanpassung

Rechtsanwälte wollen in internen Gremien über Protestmaßnahmen beraten.

Die österreichischen Rechtsanwälte fordern die sofortige Inflationsanpassung des gesetzlichen Rechtsanwaltsstarifs sowie künftig eine automatische Valorisierung. Seit 2008 sei dies nicht mehr geschehen, die Geldentwertung betrage bereits über 15 Prozent, beklagte Kammerpräsident Rupert Wolff am Freitag beim Anwaltstag in Feldkirch. Als erste Protestmaßnahme kündigte Wolff an, in den internen Gremien die Aussetzung der kostenlosen „Ersten Anwaltlichen Auskunft“ in den Rechtsanwaltskammern vorzuschlagen. Beraten wird darüber heute.

„Wir wissen, dass dies die rechtsuchende Bevölkerung belasten kann, aber auch die Amtstage der Gerichte“, teilte der Kammerpräsident in einer Aussendung mit. Zu bedenken sei jedoch, dass auch die Entwertung des Tarifs zulasten der Bevölkerung erfolge. Denn der Kostenersatzanspruch für die siegreiche Partei vor Gericht werde ebenfalls danach bemessen.

Am gestrigen Eröffnungstag wurde zudem der Tätigkeitsbericht des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (ÖRAK) vorgelegt. Rund 40.000 Bürger wurden demnach im

Vorjahr von den 5940 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten unentgeltlich vertreten oder beraten. Es erfolgten österreichweit 22.213 Bestellungen von Rechtsanwälten zu Verfahrenshelfern (15.253 in Strafsachen, 6960 in Zivilsachen). Der Wert der dabei für die Betroffenen unentgeltlich erbrachten Leistungen betrug nach ÖRAK-Angaben knapp 38 Millionen Euro.

Eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist auch bei der Anzahl der vom ÖRAK begutachteten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe festzustellen. Waren es 2013 noch 136 Entwürfe, wurden im aktuellen Berichtszeitraum beachtliche 179 Entwürfe unter die Lupe genommen. Kritik gibt es insbesondere an den meist viel zu kurzen Begutachtungsfristen und dem Gesetzgebungsverfahren an sich.

Umgang mit Flüchtlingen

In seiner Eröffnungsrede beim Anwaltstag rief der Kammerpräsident zu einem Überdenken der Grundhaltung gegenüber Flüchtlingen auf. „Öffnen wir nicht nur unsere Arme, sondern vor allem unsere Herzen für all jene, die aus Not und Bedrängnis zu uns kommen“, sagte er.

Bezirksgericht Schruns wird geschlossen

SCHRUNS. Nach langem Widerstand hat die Vorarlberger Landesregierung nun ihren Widerstand gegen die Schließung des Bezirksgerichtes in Schruns aufgegeben. Die Justizeinrichtung soll am 1. Jänner 2017 geschlossen werden, alle Agenden und auch die eineinhalb Richterposten werden an das Bezirksgericht Bludenz verlagert. Landeshauptmann Markus Wall-

ner (ÖVP) begründete die Aufgabe seines Vetos damit, dass Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) ein Gesamtpaket präsentiert habe, „das die Gerichtsqualität im Bezirk Bludenz aufwertet, und das ist im Sinne der Bevölkerung“. So sollen in den Gerichtsstand Bludenz bis Anfang 2017 rund 400.000 Euro investieren werden, heißt es.